



1 | 2025

# BiB.AKTUELL

## Zunehmend ungleiche Mietkostenbelastung

Anstieg besonders stark bei Zugewanderten

- Die Mietkostenbelastung ist insbesondere für Personen mit Niedrigeinkommen angestiegen.
- Die Ungleichheit der Mietkostenbelastung ist bei Zugewanderten stärker angestiegen als bei Einheimischen.
- Personen mit Niedrigeinkommen mussten Realeinkommensverluste hinnehmen. Diese waren bei Zugewanderten besonders deutlich.



## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland hat einen neuen Bundestag gewählt. Viele für unser Land wichtige Themen haben den Wahlkampf geprägt, doch der demografische Wandel spielte in den Debatten leider kaum eine Rolle. Dabei stellt insbesondere das abnehmende Erwerbspersonenpotenzial die Zukunftsfähigkeit Deutschlands vor große Herausforderungen. Es müssen dringend Antworten darauf gefunden werden, wie wir beispielsweise mit der Entwicklung des Verhältnisses von Lebensdauer und Erwerbsdauer umgehen, wie das Erwerbspersonenpotenzial etwa von Müttern und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte noch besser erschlossen werden kann und wie wir nachhaltig in die Bildung von Kindern als zukünftige Fachkräfte investieren können. Die Forschung trägt zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen bei, indem sie anhand wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse Handlungsfelder identifiziert und Politik evidenzbasiert berät. Der demografische Wandel betrifft alle Lebensbereiche und es besteht in allen Ressorts Beratungsbedarf. Es wäre ein erster wichtiger Schritt der neuen Regierung, wenn sie das Thema prominent im Koalitionsvertrag verankert und ihm somit die notwendige Aufmerksamkeit verleiht.

*Katharina Spieß*

Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Direktorin des Bundesinstituts für  
Bevölkerungsforschung (BiB)

 [www.bib.bund.de/newsletter](http://www.bib.bund.de/newsletter)

## Impressum

### Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)  
Friedrich-Ebert-Allee 4  
65185 Wiesbaden  
Direktorin: Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Telefon: 0611 75-2235  
E-Mail: [post@bib.bund.de](mailto:post@bib.bund.de)

### Erschienen

März 2025

### Redaktionsleitung

Esther Dopheide

### Wissenschaftliche Betreuung

Andreas Backhaus, Samira Beringer, Stephan Bischof, Mathias Huebener, Leonie Kleinschrot, Elisabeth Kraus, Andreas Mergenthaler, Kerstin Ruckdeschel

### Redaktion

Bernhard Gückel

### Lektorat

Britta Müller

### Gestaltung

familie redlich AG, Berlin

### Druck

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

### Bildnachweise

Titel: Yulia/adobe.stock  
S.2: BiB

ISSN (Online) ISSN 2944-2478

ISSN (Print) ISSN 2944-246X

URN:nbn:de:bib-ba0120251

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).

# Zunehmend ungleiche Mietkostenbelastung

Anstieg besonders stark bei Zugewanderten

Nils Witte (BiB)

## Forschungsfrage

- Wie hat sich die Ungleichheit der Mietkostenbelastung für Zugewanderte und im Vergleich zu Einheimischen entwickelt? Wie haben Miet- und Einkommensentwicklung zu dieser Dynamik beigetragen?

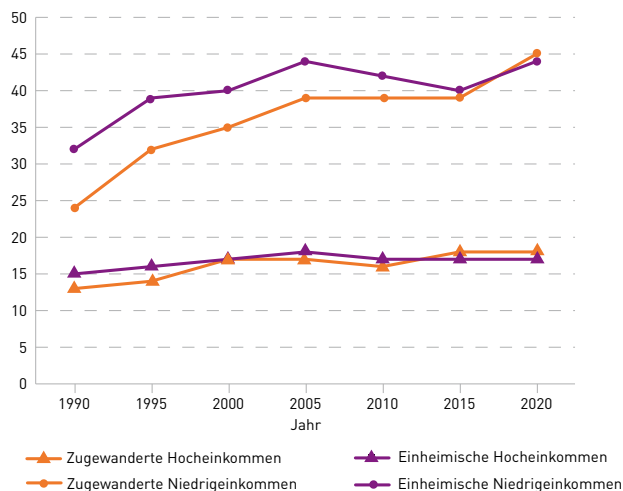
## Ergebnisse

- Die Mietkostenbelastung ist insbesondere für Personen mit Niedrigeinkommen angestiegen.
- Die Ungleichheit der Mietkostenbelastung ist bei Zugewanderten stärker angestiegen als bei Einheimischen.
- Personen mit Niedrigeinkommen mussten Realeinkommensverluste hinnehmen. Die Verluste waren bei Zugewanderten besonders deutlich.

## Abgebildet

### Mietenbelastung

in Prozent der Einkommen



Anmerkungen: Individuelle Äquivalenzmieten (inkl. Heiz- und Warmwasserkosten) basierend auf der modifizierten OECD-Skala. Berechnung für zur Miete wohnende Personen im Kernerwerbsalter (20-60 Jahre) in Westdeutschland. Geldwerte sind inflationsbereinigt durch den Verbraucherpreisindex der OECD. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur das oberste und das unterste Quintil für jedes fünfte Jahr abgetragen.

Daten: SOEP v39 (gewichtet). N = 46,233.

Quelle: Witte (2024)

## Im Wortlaut

„Die Mietkostenbelastung für Menschen mit geringem Einkommen ist seit 1990 gestiegen, das gilt insbesondere für Zugewanderte. Gründe sind der stärkere Anstieg der Mieten für Zugewanderte und das Auseinanderdriften hoher und niedriger Einkommen. Personen mit hohem Einkommen konnten gestiegene Mieten durch Einkommenszuwächse kompensieren, solche mit Niedrigeinkommen hingegen nicht.“

NILS WITTE, PhD (BiB)

## Weitere Literatur zum Thema

Witte, Nils (2024): Visualizing the Housing Cost Burden of Migrants and Natives across the Income Distribution. In: Socius 10: 1–3.

DOI: [10.1177/23780231241298806](https://doi.org/10.1177/23780231241298806)

# Zunehmend ungleiche Mietkostenbelastung

## Anstieg besonders stark bei Zugewanderten

Nils Witte (BiB)

In kaum einem anderen Mitgliedsland der OECD wird so häufig Wohnraum gemietet wie in Deutschland. Der Anteil mietender Haushalte liegt hierzulande bei über 50 Prozent. Dieser Beitrag untersucht, wie sich die Mietkostenbelastung seit 1990 für Einheimische und Zugewanderte verändert hat. Die Mietkostenbelastung zeigt an, welcher Anteil des Einkommens für Miete ausgegeben wird. Die Entwicklung der Mietkostenbelastung unterscheidet sich fundamental für Personen mit hohen und niedrigen Einkommen. Für einkommensreiche Personen ist die Belastung kaum gestiegen, für einkommensarme Personen hingegen auffallend stark. Knapp 45 Prozent ihrer Einkommen gingen 2020 in die Miete. Der Anstieg war mit 21 Prozentpunkten zwischen 1990 und 2020 besonders ausgeprägt bei Zugewanderten mit Niedrigeinkommen. Erstens sind die Mieten bei Zugewanderten ausnahmslos stärker angewachsen als bei Einheimischen. Zweitens sind die niedrigen und hohen Einkommen bei ihnen noch stärker auseinandergedriftet als bei Einheimischen.

Steigende Wohnungsmieten sind in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten ein Dauerthema. Zwar sind auch die Einkommen im gleichen Zeitraum gestiegen, allerdings nicht für alle gleichermaßen und auch nicht immer so stark wie die Mieten (Kholodilin und Baake 2024; Dustmann et al. 2022). Mit anderen Worten: Der Anteil der Mietzahlungen an den Einkommen – auch als Mietkostenbelastung bezeichnet – ist im Zeitverlauf angestiegen, aber die Zunahme war ungleich verteilt. Einkommensarmut ging mit steigenden Mietkostenbelastungen einher. Auch bestimmte Haushaltstypen waren von den steigenden Belastungen stärker betroffen als andere, insbesondere Ein-Verdiener- und Ein-Personen-Haushalte (Kholodilin und Baake 2024; Aubele et al. 2023). Das gilt ebenso für einzelne Bevölkerungsgruppen, beispielsweise ältere Menschen (Lozano Alcántara und Vogel 2023). Dieser Beitrag widmet sich der bisher wenig beachteten Mietkostenbelastung von Zugewanderten. Als Zugewanderte verstehen wir hier Personen, die in Deutschland leben, aber im Ausland geboren sind. Dabei werden hier Personen mit Niedrigeinkommen (untere 20 Prozent der Einkommensverteilung) mit Personen mit Hoheinkommen (obere 20 Prozent der Einkommensverteilung) verglichen.

Im Kern geht es bei der Frage der Mietkostenbelastung darum, wie viel zum Leben übrigbleibt, nachdem die Miete bezahlt ist. Wohnen müssen alle, daher führt an dieser Ausgabe kein Weg vorbei, es sei denn, man wohnt im Eigentum. Im internationalen Vergleich hat Deutschland allerdings einen besonders geringen Anteil Wohneigentümer: Mehr als jeder Zweite wohnt zur Miete (OECD 2024). Daher hat die Frage der Mietkosten eine besondere Brisanz in diesem Land. Was als Miete vom Einkommen abgeht, kann nicht mehr anderweitig ausgegeben werden und fehlt somit auch bei individuellen Investitionen, zum Beispiel in Bildung, Ernährung und Gesundheit. Das gilt zwar auch für Wohneigentümer, die Kredite bedienen müssen. Deren Anteil ist mit 15,5 Prozent allerdings deutlich geringer (OECD 2024) und sie werden hier nicht betrachtet. Zugewanderte gelten als überdurchschnittlich armutsgefährdet, haben also durchschnittlich geringere Einkommen als Einheimische (Giesecke et al. 2017; Grabka und Goebel 2020). Zudem leben sie überdurchschnittlich häufig in Städten (Buch et al. 2021), also dort, wo die Mieten in den vergangenen Jahrzehnten besonders stark angestiegen sind (Raffelhüschen und Will 2023). Da der Mietenanstieg

## Infokasten: Daten, Methoden, Begriffe

Dieser Beitrag untersucht die zeitliche Dynamik der Mietkostenbelastung in Deutschland für Zugewanderte und Einheimische anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP bietet seit 1984 jährlich umfassende Informationen zu Einkommen, Mieten und Wohnsituation von Individuen und Haushalten. Dank sogenanntem Oversampling und eigener Stichproben bietet das SOEP zudem ausreichende Beobachtungen von Zugewanderten. Die Berechnungen in diesem Beitrag beruhen auf privat zur Miete wohnenden Personen im Kernerwerbsalter (20-60) in Westdeutschland im Zeitraum 1990 bis 2020. Im Ausland Geborene werden als Zugewanderte definiert, in Deutschland Geborene als Einheimische. Die Beschränkung auf Westdeutschland ist begründet durch die Verschiebungen im ostdeutschen Wohnungsmarkt nach der Wende, die die hier beobachteten Aspekte überlagern würden. Wie in der Ungleichheitsforschung üblich, liegen den Berechnungen Personen zugrunde (N = 48,540).

Dieser Beitrag rechnet mit sogenannten monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen. Dafür wird das Haushaltsnettoeinkommen aus allen Einkommensquellen mit der Anzahl erwachsener und minderjähriger Haushaltsmitglieder gewichtet. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass einige Ausgaben günstiger werden, wenn mehrere Personen im gleichen Haushalt leben, und dass Kinder weniger Kosten verursachen als Erwachsene. Man spricht deshalb bei Nettoäquivalenzeinkommen auch von bedarfsgewichteten pro-Kopf-Haushaltseinkommen. Analog dazu wurden auch die Mietkosten als Äquivalenzwerte berechnet. Das heißt, ein identischer ursprünglicher Mietpreis führt bei Personen in Mehrpersonenhaushalten zu niedrigeren Äquivalenzmieten als bei Personen, die alleine leben. Alle Geldwerte wurden durch den Verbraucherpreisindex der OECD inflationsbereinigt. Nur so sind die Einkommen und Mieten über die Zeit vergleichbar. Man spricht daher auch von Realeinkommen und Realmieten.

Hohe und niedrige Einkommen sind in diesem Beitrag definiert durch das höchste und niedrigste Quintil der Einkommensverteilung. Es werden also in jedem Jahr die obersten 20 Prozent der Bedarfseinkommen mit den untersten 20 Prozent verglichen (siehe auch Dustmann et al. 2022, Witte 2024). Einkommensvorteile aus selbstgenutztem Wohneigentum (sog. *imputed rents*) bleiben hier unberücksichtigt.

insbesondere bei Neuvermietungen nachweisbar ist, sind neben jungen Mietern, die beispielsweise ausbildungsbedingt umziehen, Neuzugewanderte ebenfalls überdurchschnittlich häufig betroffen.

### Zunehmend ungleiche Mietkostenbelastung

Die Mietkostenbelastung ist in den 1990er Jahren stark angestiegen und erreichte Mitte der 2000er Jahre ihren Höhepunkt (Witte 2024). Der Anstieg variiert aber mit dem Einkommen, wie in Abbildung 3 dargestellt. Bei den hohen Einkommen (oberes Quintil) stieg der Anteil der Mietkosten am Einkommen auf niedrigem Niveau von 15 auf 17 Prozent (Einheimische) bzw. von 14 auf 18 Prozent (Zugewanderte). Bei geringen Einkommen (unteres Quintil) stieg die Mietkostenbelastung um bis zu 20

Prozentpunkte: von 32 auf 44 Prozent bei Einheimischen und von 25 auf 45 Prozent bei Zugewanderten. Ab einem Mietanteil am Einkommen von 40 Prozent spricht die Europäische Union von Mietkostenüberbelastung. Menschen mit ohnehin geringen Einkommen sind also im Zeitverlauf zunehmend in den Bereich der Mietkostenüberbelastung gerutscht, Einheimische bereits seit Mitte der 1990er Jahre und Zugewanderte im letzten Jahrzehnt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Betrachten wir zunächst die Entwicklung der Mieten.

### Mietenanstieg besonders stark bei Zugewanderten

Die Mieten sind seit 1990 für alle betrachteten Gruppen gestiegen: für Menschen mit niedrigem

ABB. 1: Prozentuale Veränderung der Mieten (seit 1990)

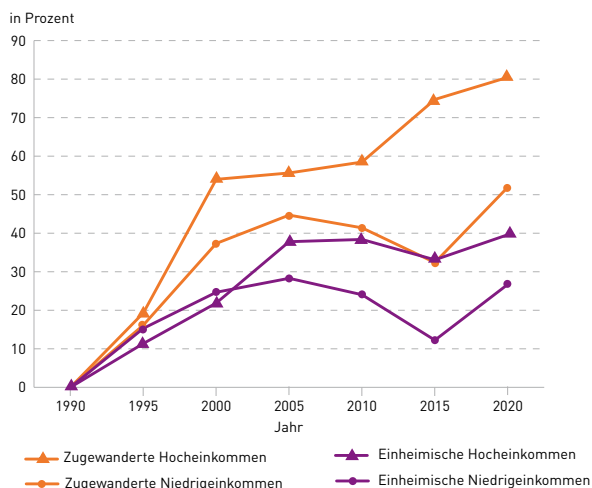


ABB. 2: Prozentuale Veränderung der Einkommen (seit 1990)

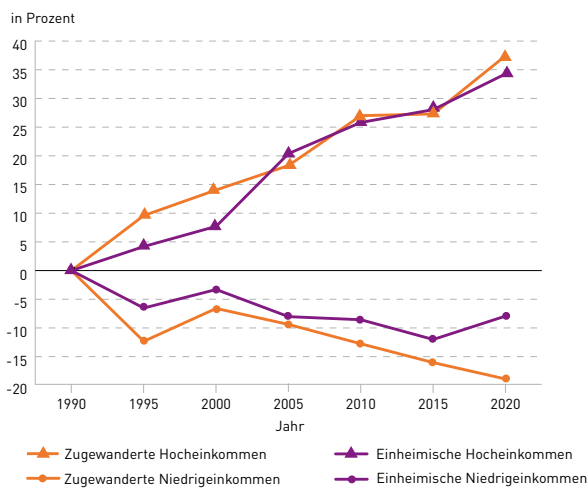
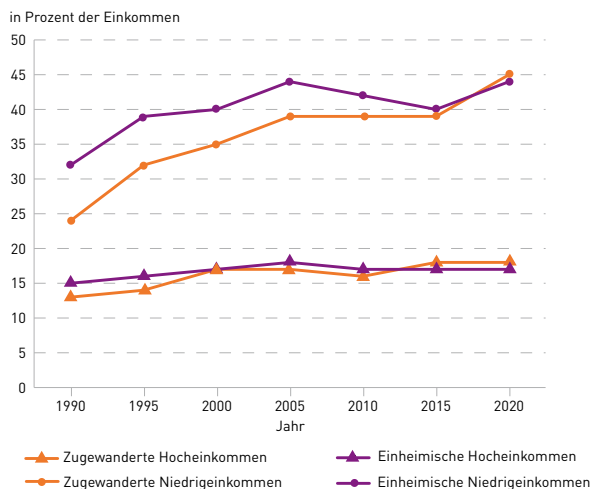


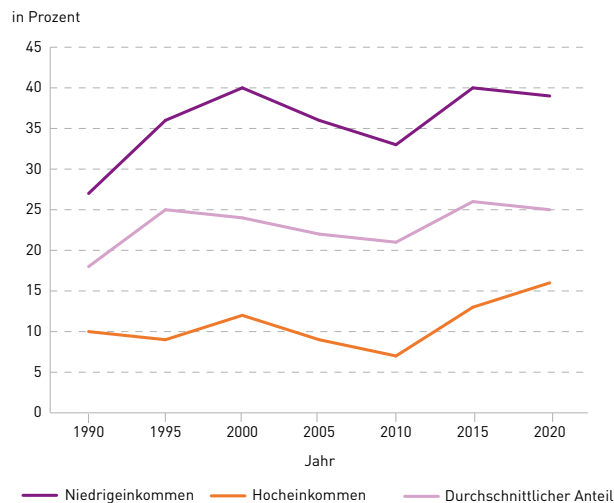
ABB. 3: Mietenbelastung



Anmerkungen zu Abb. 1-3: Individuelle Äquivalenzmieten (inkl. Heiz- und Warmwasserkosten) basierend auf der modifizierten OECD-Skala. Berechnung für zur Miete wohnende Personen im Kernerwerbsalter (20-60 Jahre) in Westdeutschland. Geldwerte sind inflationsbereinigt durch den Verbraucherpreisindex der OECD. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur das oberste und das unterste Quintil für jedes fünfte Jahr abgetragen. Daten: SOEP v39 (gewichtet). N = 46,233. Quelle: Witte (2024).

genauso wie mit hohem Einkommen, für Einheimische und für Zugewanderte. Generell stiegen die Mieten stärker bei Personen mit hohen Einkommen als bei Personen mit niedrigen Einkommen. Es zeigen sich allerdings deutliche Niveauunterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Bei Zugewanderten lagen die Mietsteigerungen je nach Einkommen bei 50 bis 80 Prozent, während sie bei Einheimischen durchschnittlich niedriger bei 25 bis 40 Prozent lagen (Abbildung 1). Die Mietsteigerungen bei zugewanderten Niedrigeinkommensbeziehern überstiegen damit selbst die Mietsteigerungen bei einheimischen Hocheinkommensbeziehern. Die Gründe für den extremen Anstieg bei Zugewanderten sind vielfältig (Winke 2016). Durchschnittlich niedrige Mietkosten zu Beginn der 1990er sind eine Ursache. Zudem können höhere Mietkosten auf Steigerungen der Wohnqualität hindeuten (Größe, Lage, Ausstattung etc.). Ein weiterer wichtiger Grund ist die veränderte Zusammensetzung der Gruppe der Zugewanderten. Beispielsweise verfügen Geflüchtete durchschnittlich über geringere Einkommen als beispielsweise EU-Zugewanderte, was in höherer Mietkostenbelastung resultiert. In Abbildung 4 zeigt sich das in steigenden Anteilen Zugewanderter an den niedrigen Einkommen

**ABB. 4: Anteil der Zugewanderten am oberen und am unteren Ende der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung**



Anmerkungen: Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur das oberste und das unterste Quintil für jedes fünfte Jahr abgetragen. N = 48,540. Daten: SOEP v39 (gewichtet).

zwischen 1990 und 2000 (Jugoslawienkriege) und erneut nach 2011 (syrischer Bürgerkrieg).

Hinsichtlich der Ungleichheitsentwicklung lässt sich allgemein festhalten, dass die Mietsteigerungen bei hohen Einkommen zwar drastischer waren, aber mitnichten auf diese Einkommensgruppe beschränkt sind.

### Die Einkommensungleichheit wächst

Die Ungleichheit der Einkommen hat in den letzten drei Jahrzehnten stetig zugenommen (Abbildung 2). Seit 1990 haben hohe Einkommen beständig hinzugewonnen und niedrige Einkommen haben nicht nur nicht gewonnen, sondern sogar real verloren. Zwar folgt der allgemeine Trend dem gleichen Muster bei Einheimischen und Zugewanderten, bei Zugewanderten öffnet sich die Schere aber sogar noch weiter als bei Einheimischen. Am oberen Ende gewannen Zugewanderte ähnlich stark hinzu wie Einheimische, gleichzeitig verloren sie am unteren Ende deutlich stärker. Die Realeinkommensgewinne

am oberen Ende lagen für Einheimische und Zugewanderte bei etwa einem Drittel, der Unterschied zwischen den Gruppen ist nicht statistisch signifikant. Die Verluste am unteren Ende lagen hingegen für Zugewanderte mit 20 Prozent deutlich höher als für Einheimische (9 Prozent). Die vergleichsweise stärkere Zunahme der Einkommensungleichheit unter Zugewanderten war somit in erster Linie Entwicklungen am unteren Ende der Einkommensverteilung geschuldet. Davon unbesehen ist die Einkommensungleichheit insgesamt durch Gewinne im oberen Einkommensquintil und Verluste im unteren Einkommensquintil gestiegen.

### Zugewanderte haben häufiger Niedrigeinkommen

Der Anteil der Zugewanderten an der deutschen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist im beobachteten Zeitraum von rund 19 Prozent auf gut 25 Prozent gestiegen, ein Anstieg um sechs Prozentpunkte (Abbildung 4). Wenn die Äquivalenzeinkommen bei Einheimischen und Zugewanderten gleich verteilt wären, sollte auch der Anteil Zugewanderter in jedem Einkommensquintil ihrem Durchschnittsanteil entsprechen. Das ist aber nicht der Fall. Zugewanderte sind bei den geringen Einkommen überrepräsentiert und bei hohen Einkommen unterrepräsentiert. Bei geringen Einkommen ist ihr Anteil etwas stärker gestiegen als ihr durchschnittlicher Anteil, nämlich von 27 auf 37 Prozent, also um zehn Prozentpunkte. Bei den hohen Einkommen waren Zugewanderte hingegen im gesamten Zeitraum unterrepräsentiert. Ihr Anteil sank dort von zehn Prozent Anfang der 1990er bis unter zehn Prozent, bevor es ab 2010 bergauf ging und ihr Anteil auf gut 16 Prozent anstieg. Auch zum Ende des Beobachtungszeitraums ist der Anteil Zugewanderter bei Hocheinkommen noch zehn Prozentpunkte kleiner als es ihrem Anteil in der Wohnbevölkerung entsprechen würde. Insgesamt sind es jedoch insbesondere die Entwicklungen am unteren Ende der Einkommensverteilung, die für Zugewanderte ins Gewicht fallen.

## Fazit

Die Divergenz der Einkommen hat in den letzten 30 Jahren dramatisch zugenommen. Die Dynamik auf dem Mietwohnungsmarkt hat die Ungleichheit noch zusätzlich verschärft (Schabram et al. 2024). Nach Berücksichtigung der Mietkosten fällt der Anstieg der Ungleichheit also noch stärker aus als vor Berücksichtigung der Mieten. Für Zugewanderte ist die wachsende Ungleichheit besonders akzentuiert. Vom Anstieg der Mieten waren sie überproportional betroffen. Auffällig dabei ist: Personen mit ohnehin hohem Einkommen konnten die gestiegenen Mietkosten durch Steigerungen bei ihren Einkommen kompensieren. Ihre Mietkostenbelastung blieb daher weitgehend stabil. Ganz anders sieht es bei niedrigen Einkommen aus. Während auch sie von Mietsteigerungen betroffen waren, mussten sie zugleich Einkommensverluste hinnehmen. Ihre Mietkostenbelastung stieg daher deutlich an. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Zugewanderte am unteren Ende der Einkommensverteilung sogar überrepräsentiert sind. Die Einkommensverluste bei Niedrigeinkommen fallen daher für Zugewanderte noch stärker ins Gewicht als für Einheimische. Während die gesamte deutsche Bevölkerung von der Zunahme der Ungleichheit bei der Mietkostenbelastung betroffen ist, trifft die Verschärfung Zugewanderte in besonderem Maße. Der Mietwohnungsmarkt verstärkt somit die im Arbeitsmarkt erzeugte Ungleichheitsdynamik und mindert so möglicherweise die Attraktivität des Standorts Deutschland für potentielle Arbeitskräfte aus dem Ausland.

## Literatur

- Aubele, Felix; Baake, Pio; Duso, Tomaso; Kholodilin, Konstantin; Pfeiffer, Linus; Stiel, Caroline (2023): Wohnkosten, Lebenszufriedenheit, Sicherheitsempfinden und Narrative. Eine Betrachtung der langfristigen Verteilungswirkungen von Wohnungsmarktzyklen. Abschlussbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin, 199). Online verfügbar unter [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.887817.de/diwkompakt\\_2023-199.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.887817.de/diwkompakt_2023-199.pdf).
- Buch, Tanja; Meister, Moritz; Niebuhr, Annekatrin (2021): Ethnic diversity and segregation in German cities. In: *Cities* 115: 103221. DOI: [10.1016/j.cities.2021.103221](https://doi.org/10.1016/j.cities.2021.103221).
- Dustmann, Christian; Fitzenberger, Bernd; Zimmermann, Markus (2022): Housing Expenditure and Income Inequality. In: *Econ J* 132 (645): 1709–1736. DOI: [10.1093/ej/ueab097](https://doi.org/10.1093/ej/ueab097).
- Giesecke, Johannes; Kroh, Martin; Tucci, Ingrid; Baumann, Anne-Luise; El-Kayed, Nihad (2017): Armutsgefährdung bei Personen mit Migrationshintergrund. Vertiefende Analysen auf Basis von SOEP und Mikrozensus. BIM: Berlin.
- Grabka, Markus M.; Goebel, Jan (2020): Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen. DIW: Berlin (DIW Wochenbericht, 18).
- Kholodilin, Konstantin A.; Baake, Pio (2024): Mietbelastung in Deutschland: In den letzten Jahren nicht gestiegen, aber ungleich verteilt. DIW: Berlin (DIW Wochenbericht, 41).
- Lozano Alcántara, Alberto; Vogel, Claudia (2023): Rising housing costs and income poverty among the elderly in Germany. In: *Housing Studies* 38 (7): 1220–1238. DOI: [10.1080/02673037.2021.1935759](https://doi.org/10.1080/02673037.2021.1935759).
- OECD (2024): Affordable Housing Database: Housing Tenures. Online verfügbar unter <https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecd-affordable-housing-database.html>, zuletzt geprüft am 14.11.2024.
- Raffelhüschen, Bernd; Will, Sebastian (2023): Zur Er-schwinglichkeit von Wohnungsmieten und den sozialpolitischen Folgen. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 24 (3): 318–331. DOI: [10.1515/pwp-2022-0022](https://doi.org/10.1515/pwp-2022-0022).
- Schabram, Greta; Pieper, Jonas; Aust, Andreas; Kipping, Katja; Rock, Joachim (2024): Wohnen macht arm. Die Berücksichtigung von Wohnkosten macht ein bislang unsichtbares Ausmaß an Armut sichtbar. Der Paritätische Gesamtverband: Berlin.
- Winke, Tim (2016): Menschen mit Migrationshintergrund zahlen elf Euro mehr Miete pro Monat. DIW: Berlin (DIW Wochenbericht, 47).
- Witte, Nils (2024): Visualizing the Housing Cost Burden of Migrants and Natives across the Income Distribution. In: *Socius* 10: 1–3. DOI: [10.1177/23780231241298806](https://doi.org/10.1177/23780231241298806).

## BiB.Wissenschaftler Nils Witte



### **Meine allgemeinen Forschungsschwerpunkte sind:**

Ich interessiere mich zum einen für die Ursachen internationaler Migration. Warum verlagern Personen ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes Land? Warum ziehen sie möglicherweise erneut um? Zum anderen interessiere ich mich für die Folgen internationaler Migration. Dabei geht es um Fragen wie: Unter welchen Bedingungen nehmen Migrierte die Staatsangehörigkeit ihrer neuen Heimat an? Wie unterscheiden sich ihre Wohnbedingungen von denen Einheimischer?

### **An meiner Forschungsarbeit fasziniert mich besonders:**

Durch wissenschaftliche Methoden können wir herausfinden was tatsächlich stattgefunden hat. In einer Zeit, in der sogenannte alternative Fakten florieren und Schnelligkeit in der Wissensproduktion oft mehr honoriert wird als Gewissenhaftigkeit, sehe ich es als besonderes Privileg, seriöse Forschung betreiben zu dürfen.

### **Mein Forschungsgebiet ist gesellschaftlich relevant, weil ...**

das Thema Migration viele Fragen aufwirft, mit denen sich unsere Gesellschaft auseinandersetzen muss. Damit diese Auseinandersetzung konstruktiv verläuft, benötigen wir klare Analysen und wissenschaftlich geprüfte Fakten.

### **Bei meinen bisherigen Forschungsbefunden hat mich besonders überrascht ...**

Mit einem Kollegen von der Universität Flensburg habe ich die Teilnahme an der Europawahl bei international mobilten Personen untersucht. Es war frappierend, zu sehen, wie gering die Teilnahme bei Personen ist, die zum Wahlzeitpunkt außerhalb Deutschlands lebten. Und das obwohl sie sich stark mit der Europäischen Union identifizieren. Das Versprechen der Europäischen Staatsangehörigkeit ist anscheinend noch nicht vollständig eingelöst und die Möglichkeiten der Digitalisierung hinsichtlich der Wahlteilnahme sind nicht ausgeschöpft.

### **Am BiB zu forschen gefällt mir, weil ...**

ich in einem tollen interdisziplinären Team an zentralen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen arbeiten kann. Dank unserer Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit tragen wir diese Erkenntnisse auch in den öffentlichen Diskurs.

**Nils Witte, PhD, ist Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Internationale Migration. Nach seiner Promotion an der Universität Bremen hielt er Positionen an der Goethe-Universität Frankfurt und dem Karlsruher Institut für Technologie. Forschungsaufenthalte führten ihn zuletzt an das Nationale Demografie-Institut (INED) in Paris, die Universität Utrecht sowie an das Europäische Hochschulinstitut (EUI) in Florenz. Am BiB beschäftigt sich Nils Witte mit den Ursachen und Folgen internationaler Migration im globalen Norden und zuletzt verstärkt mit Integrationsprozessen und sozialer Ungleichheit im Wohnungsmarkt.**

*Diskussion zum Europäischen Tag der Demografie*

## Demografie gestern und heute

Anlässlich des Europäischen Tags der Demografie fand am 4. Februar auf Einladung des BiB und von Population Europe eine Diskussion über die Bedeutung der demografischen Forschung gestern und heute sowie über unterschiedliche Erwartungen in Politik und Wissenschaft an demografische Analysen statt. Mit dabei waren Dr. Andreas Edel (Executive Secretary, Population Europe), BiB-Direktorin Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß sowie Deša Srsen, Mitglied des Kabinetts des Europäischen Kommissars für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, Glenn Micallef.

### *John Graunt, Begründer der Demografie*

Der Tag der Demografie bezieht sich auf die am 4. Februar 1662 in London erschienene Studie "Natural and Political Observations ... Made Upon the Bills of Mortality" des Londoner Textilhändlers John Graunt. Sie machte ihn zum Begründer der Demografie und Epidemiologie. Sind seine damaligen Erkenntnisse auch heute noch für die demografische Forschung von Nutzen? Für Dr. Andreas Edel, der ein Buch über das Leben und Wirken von John Graunt veröffentlicht hat, gelten seine Ansätze auch heute noch. „Dazu zählt etwa die Beobachtung demografischer Phänomene und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen“, betonte Dr. Edel. Prof. Spieß wies ergänzend darauf hin, dass Graunt auch einen wichtigen Beitrag geleistet hat, was die Etablierung von Methoden Graunts und Langzeitstudien betrifft.

### *Unterschiedliche Perspektiven in Politik und Wissenschaft*

Sie betonte, dass es an diesem Tag nicht nur um die Begründung der Demografie geht. Er ist vielmehr auch ein wichtiges Datum für Bundesressortforschungsinstitute wie das BiB, die die Aufgabe haben, der Politik wissenschaftlich basierte Befunde vorzulegen, um Entscheidungen zu treffen. Der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft ist

dabei oftmals durch unterschiedliche Bedürfnisse und Herangehensweisen gekennzeichnet: „Die Wissenschaft strebt Detailgenauigkeit an, die Politiker suchen hingegen Eindeutigkeit. Sie benötigen klare und schnelle Deutungen durch die Wissenschaft“, verdeutlichte Prof. Spieß das Dilemma. Die Forschung stellt häufig unterschiedliche Perspektiven und Abhängigkeitspfade dar, die Politiker suchen eher eindeutige Antworten. Außerdem gibt es unterschiedliche zeitliche Vorstellungen. Während die Politik in meist kurzen Zeithorizonten denkt, benötigt die Wissenschaft für präzise Befunde einen längeren Zeitraum. Als ein Beispiel für unterschiedliche Zeithorizonte in Politik und Forschung nannte Prof. Spieß die Bedeutung der frühen Lebensjahre für alle weiteren Jahre. Investitionen in dieser Zeit sind sehr effektiv, wirken sich aber in vollem Umfang erst langfristig aus. Politik braucht aber häufig schnelle Erfolge. Also wird heute zuviel in die frühen Jahre investiert, mit Konsequenzen für später.

### *Generationengerechtigkeit in Europa als Thema*

Die große Bedeutung demografischer Forschung für alternde und schrumpfende Bevölkerungen in Europa machte Deša Srsen deutlich. Dabei spielt vor allem das Thema Generationengerechtigkeit auf der europäischen Ebene eine wichtige Rolle. Mit der steigenden Zahl vieler gesunder Älterer und einer schrumpfenden Zahl an Erwerbstätigen stellt sich die Frage nach der Nutzung des vorhandenen Beschäftigungspotenzials der Älteren. „30 Prozent der Bevölkerung in Europa sind über 60 Jahre alt. Dieses Humankapital der Älteren muss genutzt werden“, betonte Srsen. Dabei dürfen allerdings die politischen Entscheidungen von heute die Handlungsfähigkeit der nächsten Generation nicht beeinträchtigen. Aus diesem Grund wurde neuerdings das Thema „Generationengerechtigkeit“ als ein Aufgabenbereich der EU-Kommission festgelegt.

*Bernhard Gückel*

*Internationaler Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft*

## Herausforderungen und Chancen für Frauen in der Wissenschaft

Anlässlich des Internationalen Tags der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft am 11. Februar 2025 gibt BiB-Direktorin Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß Einblicke in Karrierewege, Herausforderungen und Fortschritte für Frauen in der Wissenschaft.

Obwohl Mädchen im Durchschnitt bessere Schulabschlüsse erzielen und an Universitäten stärker vertreten sind als Männer, nimmt der Frauenanteil in höheren akademischen Positionen ab. Die Gründe dafür sind laut Prof. Spieß vielfältig: „Unbewusste Vorurteile gegenüber Frauen beeinflussen nach wie vor Karriereverläufe. Zudem spielen gesellschaftliche Normen eine große Rolle, insbesondere, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Sorge- und Erziehungsarbeiten werden noch immer überwiegend von Frauen übernommen, was eine wissenschaftliche Laufbahn erschweren kann.“

### *Tipps für eine akademische Karriere*

Junge Menschen sollten frühzeitig herausfinden, ob sie gerne wissenschaftlich arbeiten. „Eine Masterarbeit oder eine Promotion sind gute Möglichkeiten, sich auszuprobieren“, so die BiB-Direktorin. Ein Praktikum in einer Forschungseinrichtung oder eine Tätigkeit als studentische Hilfskraft oder Tutorin kann helfen, den Wissenschaftsbetrieb kennenzulernen. Auch der Austausch mit Promovierenden oder Mitarbeitenden an Forschungseinrichtungen kann wertvolle Einblicke liefern. Wichtig ist dabei, eine hohe Resilienz zu entwickeln und mit den Höhen und Tiefen einer wissenschaftlichen Laufbahn umgehen zu können.

### *Veränderungen der letzten 20 Jahre*

Seit Beginn der wissenschaftlichen Karriere von Prof. Spieß hat sich viel verändert. Es gibt heute

mehr Frauen in Hochschullehrerinnen-Positionen, und das Bewusstsein für die Herausforderungen, denen Frauen in der Wissenschaft begegnen, ist gestiegen. Besonders wichtig ist es, Frauen gezielt zu entlasten, etwa in Gremienarbeit, damit ihre Karrierechancen nicht durch zusätzliche Belastungen beeinträchtigt werden. Dennoch bleibt der Frauenanteil in Professuren weiterhin geringer als der der Männer. Nach wie vor sind die lange Ausbildungsdauer, die unsicheren Jobperspektiven und die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben Herausforderungen für viele junge Wissenschaftlerinnen.

### *Fazit: Fortschritte trotz Herausforderungen*

Frauen in der Wissenschaft stehen noch immer vor besonderen Herausforderungen, doch die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen insgesamt Fortschritte. Entscheidend ist es, junge Frauen zu ermutigen, ihren Weg in der Wissenschaft zu gehen und gezielt Maßnahmen zur Chancengleichheit umzusetzen. Nur so kann Wissenschaft langfristig von einer Perspektivenvielfalt profitieren, betont Prof. Spieß.

### Kariereinstieg am BiB

Auch am BiB gibt es Möglichkeiten, eine wissenschaftliche Karriere zu starten. Derzeit sind insgesamt 17 Promovierende am BiB beschäftigt, davon 12 Frauen und 5 Männer. Des Weiteren können Studierende während eines Praktikums erste Erfahrungen in der Wissenschaft sammeln.

Leonie Kleinschrot im Interview mit BiB.Aktuell

## Geschlechterideologien in Ost- und Westdeutschland



Mit der Wiedervereinigung 1990 trafen Einstellungen zu Geschlechterrollen aufeinander, die sich deutlich unterschieden. Während in Westdeutschland die traditionellen Rollenverständnisse stark verankert waren, lagen in Ostdeutschland egalitäre Einstellungen vor. Wie sich diese Tendenzen seither entwickelt haben, untersucht die frisch promovierte BiB-Wissenschaftlerin Leonie Kleinschrot. Im Interview gibt sie einen Einblick in aktuelle Befunde ihrer Forschungsarbeit.

### *Frau Kleinschrot, warum ist es sinnvoll, Geschlechterideologien zu untersuchen?*

Individuelle Geschlechterideologien sind entscheidend für das berufs- und familienbezogene Verhalten von Frauen und Männern. Gleichzeitig wird dieses durch den normativen Druck, der von gesellschaftlichen Geschlechterideologien ausgeht, mitbestimmt. Durch den Abgleich von Geschlechterideologien und tatsächlichem Rollenverhalten gewinnen wir Erkenntnisse darüber, inwiefern Intentionen unter den in Deutschland gegebenen Bedingungen realisiert werden können.

### *Gibt es bei den Geschlechterideologien Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland?*

Zwischen 1949 und 1990 gab es klare Unterschiede bei den Geschlechterideologien in Ost- und Westdeutschland. Dies macht deutlich, wie sehr das jeweilige politische System Geschlechterideologien beeinflussen kann. Selbst nach 30 Jahren gleicher politischer Rahmenbedingungen zeigten unsere Ergebnisse nach wie vor Unterschiede.

### *Worin bestehen diese Unterschiede?*

Auf Basis des familiendemografischen Panels FReDA haben wir gezeigt, dass im Jahr 2021 in Ost- und Westdeutschland eine egalitäre Geschlechterideologie am weitesten verbreitet ist. Diese Haltung vertreten in Ostdeutschland drei Viertel der Befragten, im Westen die Hälfte. Sie befürchten keine negativen Konsequenzen für Kinder erwerbstätiger Mütter, unterstützen die Gleichstellung in Politik

und Gesellschaft und sind für eine faire Verteilung der Betreuungsarbeit in der Familie. Daneben findet sich in beiden Regionen Deutschlands eine heterogene Geschlechterideologie, die wir „egalitären Essentialismus“ nennen. Menschen, die diesen vertreten, betonen zwar, dass Frauen und Männer in Bezug auf Bildung, Politik und Arbeitsmarktbeteiligung gleichberechtigt sein sollten. Aber auch, dass sich Frauen im Vergleich zu Männern eher auf die Familie als auf die Karriere konzentrieren sollten, dass es für sie wichtiger ist, sich um Haushalt und Kinder zu kümmern, und dass sie die besseren Betreuerinnen für kleine Kinder sind. Ein traditionelles Geschlechterrollenverständnis sowie Überzeugungen, die eine intensivierte Elternschaft widerspiegeln, finden sich dagegen mit geringerer Verbreitung nur unter den Befragten in Westdeutschland.

### *Was vermuten Sie: Hatte die COVID-19-Pandemie Folgen für die Geschlechterideologien?*

Das müssen wir langfristig beobachten. In den Daten von 2021 lässt sich die Tendenz erkennen, dass die Geschlechterrollenverständnisse und deren Verbreitung mit denen vor der Pandemie übereinstimmen.

Bernhard Gückel

Berliner Demografiegespräch  
zum Thema:

